

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

In den

- Sozialausschuss
- Verwaltungsausschuss

16.11.2007

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der
Landeshauptstadt Hannover
**Zur DS 1961/2007– Verwaltungshaushalt
Finanzstelle 4980.000
Hier: Bildungsmaßnahmen für Prostituierte**

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Fördermittel zu akquirieren, in deren Rahmen Bildungsmaßnahmen für ausstiegswillige Prostituierte angeboten werden können, die einen beruflichen Umstieg ermöglichen. Ein entsprechendes Konzept soll zum Sommer 2008 vorliegen. Dabei sollen die Erfahrungen aus der vergangenen Maßnahme im Jahre 2002 Berücksichtigung finden.

Begründung:

Neue berufliche Perspektiven zu entwickeln, ist für viele Prostituierte eine wichtige Angelegenheit und ein ebenfalls erklärtes Ziel der Bundesregierung. 2002 bot die Volkshochschule Hannover und Phoenix e.V. eine einjährige „Qualifizierung zur Fachkraft für Textverarbeitung“ an, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wurde. Ein aktuelles Programm gibt es in Niedersachsen derzeit nicht. Vorreiter im Bereich Ausstiegshilfe ist Nordrhein-Westfalen, zu nennen ist beispielsweise das Projekt „ProFridA“. Das Diakonische Werk Westfalen koordiniert hier ein Umstiegsprojekt und qualifiziert ehemalige Prostituierte für eine Tätigkeit im pflegerischen/hauswirtschaftlichen Bereich oder im Arbeitsfeld Marketing/Verkauf.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt Ausstiegsprogramme und Ausstiegshilfen. Es ist zu prüfen, inwieweit sich dies auch auf finanzielle Unterstützung bezieht. Dies gilt auch für Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Landes Niedersachsen.

Die 2002 stattgefundene Maßnahme hat gezeigt, dass der ALG II Bezug als Voraussetzung der Teilnahme nicht förderlich war. Die Möglichkeit der Teilnahme muss auch für Frauen bestehen, die noch als Prostituierte tätig sind. Auch die Kombination mit Frauen, die freiwillig in der Sexarbeit tätig sind und denen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, war kontraproduktiv. Außerdem sollte die Maßnahme als Integrationsmaßnahme für Migrantinnen offen sein, denn etwa 60 % der Prostituierten sind Migrantinnen.

Laut einer Befragung durch Phoenix e.V. interessieren sich derzeit 70 Frauen für eine solche Maßnahme.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender